

Gemeinderat fordert Entschädigung

Resolution zum Radikalenerlass: Land soll vom Berufsverbot Betroffene rehabilitieren

hob. 51 Jahre und zwei Monate nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz den „Radikalenerlass“ beschlossen hat, fordert der Gemeinderat die Landesregierung in einer Resolution dazu auf, den Erlass aufzuheben und die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Manchmal reichte eine Kandidatur auf der nicht verbotenen Liste der Kommunistischen Hochschulgruppe oder eine Unterschrift unter einer öffentlichen Erklärung gegen den Radikalenerlass aus, dass junge Lehramtsanwärter mit einem Berufsverbot belegt und nicht in den Schuldienst übernommen wurden. Aufgrund des Radikalenerlasses wurden etwa 11 000 Berufsverbotsverfahren eingeleitet, 1256 Bewerber nicht eingestellt und 265 Beamte entlassen. Mit teilweise

gravierenden persönlichen und finanziellen Folgen für die Betroffenen. In Heidelberg gab es etwa 100 solcher Fälle.

Der Gemeinderat folgte nun einer Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit, sich einem Aufruf anzuschließen, den 2021 eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur unterzeichnet haben. Demnach müsse der Radikalenerlass offiziell aufgehoben werden, alle Betroffenen seien zu rehabilitieren und zu entschädigen. Der Gemeinderat fordert zudem die Landesregierung und den Landtag auf, sich bei den Geschädigten zu entschuldigen.

Stadträtin Hilde Stolz (Bunte Linke) sprach sich für die Resolution aus. „Der Aufruf ist wichtig, weil viele Betroffene

schon alt sind.“ Auch Mathias Michalski (SPD) befand, das Land solle anders mit der Thematik umgehen. Am Ende nahm der Gemeinderat den Antrag von Grünen, Linke, GAL, Bunte Linke und „Heidelberg in Bewegung“ bei sechs Nein-Stimmen und neun Enthaltungen an.

„Ich möchte mich beim Gemeinderat für die Unterstützung unserer Forderungen nach Rehabilitierung und Entschädigung herzlich bedanken“, kommentierte der Betroffene Martin Hornung die Entscheidung: „Angesichts der bekannten, erst vor sechs Wochen erneuerten Ablehnung durch den Ministerpräsidenten ist der Beschluss von ganz besonderer Bedeutung.“ Mit der Resolution habe Heidelberg ein Zeichen für ganz Baden-Württemberg gesetzt.